



## Joachim Günther

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

---

Joachim Günther, MdB • Neundorfer Str. 28 • 08523 Plauen

Offener Brief  
an die Belegschaft der Nema Netzschkau

### Postanschrift

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon 030 227-75636  
Fax 030 227-76754  
E-Mail: [joachim.guenther@bundestag.de](mailto:joachim.guenther@bundestag.de)  
[www.joachimguenther.de](http://www.joachimguenther.de)

### Wahlkreisbüro

Neundorfer Str. 28  
08523 Plauen  
Telefon 03741 137044  
Fax 03471 27351  
E-Mail: [joachim.guenther@wk.bundestag.de](mailto:joachim.guenther@wk.bundestag.de)  
[www.fdp-vogtland.de](http://www.fdp-vogtland.de)

Plauen, 04.08.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem von Ihrem Betriebsrat unterzeichneten offenen Brief werfen Sie mir vor, ich hätte mich nicht um den Erhalt der Nema bemüht. Das ist nicht richtig – und deshalb kann ich das so nicht stehen lassen. Nach einem Gespräch mit Herrn Pinkepank und Herrn Garcia habe ich am 8. Februar 2010 Jürg Oleas, den Vorstandsvorsitzenden der GEA, schriftlich aufgefordert, die Nema nicht zu schließen. Als von ihm die unmissverständliche Antwort kam, dass er es dennoch tun würde, habe ich Sachsens Wirtschaftsminister Morlok und Bundeswirtschaftsminister Brüderle eingeschaltet. Leider war deren Bemühen um den Fortbestand der Nema ebenfalls erfolglos.

Ich bin kein Gewerkschafter. Deshalb lehne ich es ab, Ihnen als Betroffenen nach dieser Faktenlage vorzugaukeln, Sie könnten die GEA mit Sternmärschen und Kundgebungen zwingen, die Nema zu erhalten. Das ist meiner Meinung nach nicht möglich. Dennoch habe ich diese Gewerkschaftsaktionen unterstützt, indem ich mit Ihnen vor Ort war und/oder die Reden geschrieben habe/schreiben lassen habe, die Ihre Betriebsräte dort hielten.

Leider wurde ich seitens Ihres Betriebsrates und auch durch den heute in der Freien Presse zitierten Herrn Weber offenbar falsch informiert. Ich bin bis zum offenen Brief Ihres Betriebsrates vom 2. August 2010 davon ausgegangen, dass es um den Erhalt langfristiger Arbeitsplätze für Nema-Beschäftigte geht. Nur deshalb habe ich Firmen der Region angeschrieben und sie gebeten, freie Stellen an Sie zu vergeben. Allerdings hatte ich mich damals schon gewundert, dass die Nema-Vertreter, mit denen die Aktion abgesprochen war, die Stellenangebote nicht umfassend oder gar nicht weiter gegeben haben.

Weiterhin hatte ich mich bemüht, die Arbeitsplätze, die GEA zugunsten ihrer ausländischen Wärmetauscher-Standorte im Vogtland vernichten wollte, hier in der Region zu halten. Drei Unternehmer waren interessiert.

Leider wurde der erste seitens Ihres Betriebsrates falsch informiert über die für die Erfüllung des Auftrages benötigte Arbeitnehmeranzahl, so dass das Unterfangen diese gesunde Firma bei Durchführung früher oder später in die roten Zahlen getrieben hätte. Deshalb wird dieser Auftrag nicht in der Region bleiben und helfen, hiesige Arbeitsplätze zu sichern.

Dem Betreiber eines Gewerbegebietes, der sofort Hallen und Arbeitsmittel hätte zur Verfügung stellen können, um eine Wärmetauscher-Produktion anzufahren, wurde eine Absage erteilt. Mit einem dritten Unternehmer, der in einem vogtländischen Gewerbegebiet neu bauen wollte, wurde nicht weiterverhandelt. Wie sich Ihr Betriebsrat gemäß der Aussage des Herrn Dosche in der Freien Presse vom 4. August 2010 die Offerten dieser Unternehmer

---

Stellvertretender Vorsitzender des Sportausschusses  
Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung  
Sprecher der Ländergruppe Ost- und Mitteldeutschland  
Sportpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion



Joachim Günther

Mitglied des Deutschen Bundestages

„warm halten“ will, ist mir unverständlich, weil absolut unrealistisch. Zweifelsfrei weiß auch Herr Dosche, dass eine Anschlussproduktion nur dann erfolgreich sein könnte, wenn es gelingt, die Auftraggeber der Nema zu halten. Haben die sich erst umorientiert, ist die Strategie der GEA in vollem Umfang aufgegangen. Dann sind die Nema-Arbeitsplätze für das Vogtland unwiederbringlich verloren.

Sie bzw. Ihr Betriebsrat werfen mir nun Leichenfledderei vor. Das ist hart. Doch derartige Verunglimpfungen meiner Person durch die Gewerkschaft sind nicht neu. Schon im Falle Enka hatte Herr Kademann verkündet: Joachim Günther macht die Enka zu. Dabei hatte ich auch damals nur davor gewarnt, die Situation zu verkennen und blindlings der Gewerkschaft hinterher zu laufen. Auch bei Enka hatte der Eigentümer unmissverständlich deutlich gemacht, dass er das Elsterberger Werk schließt. Alles Intervenieren seitens der Politik hatte nichts geholfen. Die Politik hat auf privatwirtschaftliche Prozesse nun einmal genauso wenig Einfluss wie die Gewerkschaft. Leider hat es die Enka-Belegschaft vorgezogen, der Gewerkschaft zu glauben, dass man Unternehmer mit Mahnwachen und Demonstrationen zwingen kann, Betriebe zu erhalten. Und leider hat die Stadt Elsterberg nicht, wie von mir damals vorgeschlagen, sofort mit der Planung eines Gewerbegebietes auf dem Enka-Gelände begonnen. So stehen die Arbeitnehmer heute mit leeren Händen da, und die Stadt Elsterberg hat eine Industriebrache mehr, aber kein Gewerbegebiet.

Wie ich der Zeitung entnommen habe, sind Sie finanziell in einer wesentlich komfortableren Situation als die Enka-Beschäftigten. Und darüber freue ich mich für Sie. Allerdings liegt es einzig am Verhandlungsgeschick Ihres Betriebsrates, ob Nema-Werker, die die Firma vor dem tatsächlichen Nema-Aus verlassen, Abfindungszahlungen bekommen oder nicht. Das eine schließt das andere nämlich nicht aus.

Ich wünsche Ihnen, dass die GEA der Gründung einer Transfergesellschaft zustimmt - und so die kurze Zeit der Arbeitslosigkeit etwas verlängert wird. Ihr Betriebsrat wird sicher dem Vorschlag der Gewerkschaft folgen und eine ganz bestimmte Gesellschaft zum Zuge kommen lassen. Ich denke, um zu einer realistischen Einschätzung der Situation zu kommen, sollten Sie wissen, dass mit diesen Transfergesellschaften auch sehr viel Geld verdient werden kann. Vor allem natürlich dann, wenn dorthin so viel wie möglich Beschäftigte „transferiert“ werden.

Ich persönlich bin nach wie vor der Meinung, dass neue, langfristige Arbeitsplätze die beste Perspektive für unsere Region, für Sie und die Steuerzahler gewesen wären.

Ich wünsche Ihnen alles Gute!

Herzliche Grüße

JG  
Joachim Günther